

## Pressemitteilung des Landeselternrates Sachsen

13.05.2000

### **Mehr Geld für Sachsens Schulen - Landeselternrat beim Finanzminister**

Der Vorstand des **Landeselternrates forderte** ausgehend von den Sorgen der Eltern um eine gesicherte Bildung in Sachsen, dass der **Haushalt für den Bildungssektor** nicht entsprechend der rückgehenden Schülerzahl gesenkt, sondern bezogen auf die Schülerrelation **erhöht wird**.

Durch den Landeselternrat wurden im Gespräch Defizite des sächsischen Bildungssystem aufgeführt, deren Ursache vor allem die unzureichende Bildungsfinanzierung ist.

Unterrichtsausfälle, zu wenig Zeit für die Schüler, ein zu geringes Angebot im Ergänzungs- und Arbeitsgemeinschaftsbereich, zentrierter, nicht schülerbezogener Unterricht mit überlasteten Lehrplänen und Lehrern, Schulschließungen über den Kopf der beteiligten Eltern hinweg, sowie der große Nachholbedarf an Sachsens Schulen beim Unterricht im Umgang mit den modernen Medien, d.h. mit PC und Internet sind nicht länger hinzunehmen, um die Zukunft der Kinder und den Wissens- und Wirtschaftsstandort Sachsens zu sichern.

Der Landeselternrat verdeutlichte, dass Bildung und Erziehung in der Schule untrennbarer Bestandteil sind und sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen stellen muss, wie z.B. der Tatsache, dass ca. 10% der Kinder den gesicherten Familienhintergrund verloren haben und diese Zahl eher leider steigt.

Kinder benötigen bei der wachsenden Informationsfülle mehr Orientierungen und eine Ausbildung, die sie in den Grundkompetenzen stärkt, sie zu Persönlichkeiten und zu lebenslangem Lernen erzieht, um sie auf mehrere Berufe im Laufe ihres Berufslebens sowie auf internationale Zusammenarbeit vorzubereiten.

Der Finanzminister, **Herr Prof. Milbradt zeigte Verständnis für eine Reihe der Vorstellungen und Forderungen** des Landeselternrats und äußerte, dass es **denkbar sei, einen Teil, der durch Schülerrückgang und Schulschließungen frei werdenden Mittel für die Schulbildung einzusetzen**. Jedoch setzte er einschränkend voraus, dass auf Grund des drastischen Schülerrückgangs **erst Schulen geschlossen werden müssten, ehe Mittel frei würden**.

Der **Landeselternrat forderte in diesem Zusammenhang eine größere Öffnung der Schulpolitik**, um Schulen mit Kreativität und Engagement dort, wo es möglich ist, im kommunalen Rahmen zu erhalten. **Schulen dürfen nicht nur nach Leistungsdurchschnitten, Kosteneffektivität und zu starren zentralen Vorgaben bezüglich der**

**Mindestzügigkeit funktionieren.** Mittelschul- und Gymnasialstandorte besitzen ebenso wie Grundschulen eine identitätsstiftende Rolle auf kommunaler Ebene. Besonders für Schüler und Eltern aber auch für alle Bürger des Einzugsbereiches soll und kann Schule kulturelles und kommunikatives Zentrum sein und im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen zukünftig eine wichtige Rolle spielen.

Der Landeselternrat verwies in der Diskussion auf Schulsysteme anderer Länder wie die Niederlande, die uns durch bessere und höhere Finanzierung z.B. im Einsatz von PC's mehrere Jahre voraus sind. Gute Erfahrungen anderer Länder mit einer effektiven Finanzierung und mehr Eigenverantwortung der Schulen in Sach- und Personalfragen im Rahmen der kommunalen Verwaltung sollten aufgegriffen werden. Bei 100%iger Grundfinanzierung aller Sach- und Personalkosten werden z. B. in Holland durch ein gutes Controlling der Schulaufsicht beispielsweise besonders die sozialen Brennpunkte als auch die Leistungsfähigkeit der Schulen mit höheren Finanzzuweisungen berücksichtigt. Eltern haben in diesem System eine erheblich größere praktizierte Verantwortung, Mitbestimmung und auch Identität mit ihrer Schule.

Zu weiteren Investitionen für Schulerneuerungen verwies Herr Milbradt auf das laufende Förderprogramm, schränkte jedoch die Förderungen nur auf die Schulstandorte ein, die im Rahmen der Schulnetzplanung gesichert sind. Für einen Förderrahmen zur Ausstattung der Schulen mit den neuen Medien (moderne PC- Ausstattungen) zeigte er sich aufgeschlossen und deutete Möglichkeiten an.

Zu dem für die Eltern sehr unbefriedigendem Vorgehen bei den Schulschließungen, machte der **Landeselternrat den Vorschlag, dass eingesparte Mittel durch die Schließung eines Schulstandortes für den neuen Schulstandort eingesetzt werden sollten.** Hierzu gehört aus Sicht des Landeselternrates auch die Finanzierung der Schülerbeförderungskosten, die plötzlich für die Eltern einer Kommune, deren Schule geschlossen wird, auftreten. Der Finanzminister räumte ein, dass derartige Finanzierungspakete noch nicht vorhanden sind, aber in der Diskussion zwischen Kommunen und betroffenen Eltern als Ausgleich für eine zu schließende Schule hilfreich sein könnten.

Der Landeselternrat bat am Ende der längeren Diskussion nochmals den Finanzminister eindringlich, in den anstehenden Haushaltsdebatten die Forderungen als Abgeordneter und auch als Ressortchef aufzunehmen, um damit der Bildungsfinanzierung endlich den entsprechenden Stellenwert als Zukunftsaufgabe zuzuweisen.

## **Grundrecht für alle**

Landeselternrat Sachsen: Geschäftsstelle, Postfach 100 910, 01076 Dresden,  
Tel. (03 51) 5 64 28 85, Fax (03 51) 5 64-9 42 65;  
Verantwortlich: Eckhard Mansfeld, Vorsitzender Tel. (03 51) 8 49 07 61

[zurück](#)

